



Haushaltsrede 2016

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin , sehr geehrte Damen und Herren, liebe Ratsmitglieder,

Vorab unser Dank an die Verwaltung und besonders Frau Lammers und ihrem Fachbereich Finanzen. In diesem Jahr mussten sie immer wieder hin und her, vor und zurück rechnen, Kreditbedingungen abfragen und Optionen darauf sichern.

Aber auch allen anderen Mitarbeitern: Wir sehen durchaus, das die Arbeit sicher nicht weniger wird, die zu leisten ist. Und dann kommt auch noch der Rat immer wieder mit neuen Forderungen und beauftragt sie dieses oder jenes zusätzlich zu tun, ist unzufrieden und mäkelt an den Vorlagen herum und so weiter. Dieses Spannungsfeld ist leider nicht aufzuheben, wir alle können aber dazu beitragen an der Sache zu arbeiten, um unsere Stadt weiter voran zu bringen. Deshalb hier explizit unser Dank für die viele gute Arbeit, die unsere Verwaltung leistet.

Das bestimmende Thema der letzten Monate, die Flüchtlingsproblematik, die Rat und Verwaltung über alle Maßen fordert, hat auch die diesjährigen Beratungen dominiert. Wir haben für das Jahr 2016 rund 3,3 Millionen € in die Finanzplanung für den Kauf, den Umbau und den Neubau von Unterkünften für Flüchtlinge eingestellt. Viel Geld für eine Stadt der Größe Billerbecks. Wir haben auch bislang deutlich mehr Geld für die Unterbringung und die Versorgung der Flüchtlinge ausgegeben als wir von Bund oder Land erstattet bekommen haben.

Deshalb sind wir Grünen froh, das wir uns als Rat trotzdem gemeinsam entschlossen haben, nicht die schnelle Container-Lösung zu suchen. Die Unterbringung in den jetzigen Unterkünften ist ja allein schon auf Grund der Enge nicht das was wir wirklich wünschen. Aber in festen Häusern über das gesamte Stadtgebiet verteilt allemal würdiger, als ein Container-Dorf auf der grünen Wiese.

Für Außenstehende ist es oft nur schwer verständlich wieso so viel Geld mal eben für die Flüchtlinge locker gemacht werden kann, und andererseits sämtliche Vereine in der Stadt fast keine Unterstützung mehr erhalten. Abgesehen davon, dass wir natürlich gesetzlich verpflichtet sind Unterbringungsmöglichkeiten für die schutzsuchenden Menschen zu schaffen, wollen wir hier für Billerbeck gute, vernünftige und würdige Räume erstellen. Dazu kommt, dieser Wohnraum wird nach Beendigung der Flüchtlingswelle leicht in öffentlich geförderten Wohnraum umgewandelt werden können. Und den brauchen wir auch hier in Billerbeck dringend.

Heute wird auf dem Wohnungsmarkt weitaus mehr als die im Mietspiegel ausgewiesenen 5,25 Euro pro qm² verlangt. Auch wird unser Haushalt kaum belastet und durch die ständigen Mieteinnahmen ist die Tilgung gesichert. Wir schaffen damit neue Sachwerte für unseren Haushalt.

In den Haushaltsberatungen hat unsere Fraktion eine zusätzliche Stelle für das Sozialamt gefordert. Nachdem die Verwaltung und die anderen Fraktionen zuerst keinen Bedarf sahen, hat die Verwaltung dann doch den Stellenplan entsprechend verändert und eine Stelle zumindest eingestellt.

Wir halten diese geforderte Stelle für zwingend erforderlich. Wir brauchen diese Stelle unter anderem dringend um die Flüchtlinge, sobald Sie anerkannt sind, in Arbeitsstellen und Praktika in Billerbeck vermitteln zu können. Außerdem brauchen wir diese zusätzlichen Arbeitsstunden für die Vernetzung von Ehrenamt, Flüchtlingen und Stadt, da ja die im Projektantrag „Netzwerk Ludgerusviertel“ vorgesehene Stelle Sozialarbeit jetzt nicht kommt und gefördert werden wird.

An dieser Stelle möchten wir uns sehr herzlich bei allen in der Flüchtlingshilfe tätigen Ehrenamtlern und auch dem Team des Fachbereiches „Soziales“ für die tolle Arbeit danken, die wirklich oft an die Grenzen des Leistbaren gehen.

Schon in der letzten Haushaltsrede 2015 haben wir gesagt, dass die Stadt eine Verpflichtung gegenüber den Flüchtlingen hat, die über die bloße Unterbringung hinausgeht. Hier hat nach unserer Meinung die Verwaltung mit dem Konzept Ludgerusviertel richtige Ansätze gehabt, denen leider die beiden großen Fraktionen nicht folgen wollten. Ja, Frau Mollenhauer, man muss nicht jedem Fördertopf hinterher laufen. Aber wenn klar ist, dass Kitaplätze gebraucht werden, wenn man Integration ernst nimmt, und dazu gehört für uns eindeutig auch die Bereitstellung von Begegnungsräumen für Flüchtlinge, Ehrenamtler, Sozialarbeit und auch alle anderen Billerbecker, dann lohnt es sich der Chance auf eine 50% Förderung hinterher zu rennen.

Wenn wir doch alle zu Recht mehr Geld von Bund und Land verlangen, warum versuchen wir hier nicht, es auch zu bekommen.

Wie der Leserbrief zum Bauvorhaben Sandbrink in dieser Woche ja gezeigt hat, gibt es diffuse Ängste und Sorgen gegenüber den Flüchtlingen, die aus anderen Kulturkreisen und Religionen stammen, die oft der deutschen Sprache nicht mächtig sind, die oft die hiesigen Gepflogenheiten nicht kennen.

So nachvollziehbar diese Sorgen auch sein mögen, so wichtig ist ein Ort der Begegnung, nur durch Begegnung kann man Ängste und Sorgen abbauen und sozialen Frieden wahren. Wir halten diese Räume für Billerbeck für unersetzlich. Räume in denen man Sprache lernen, in denen man sich gegenseitig begegnen kann und Erfahrungen austauscht. Ein Ort, an dem z.B. auch die Altenbegegnung einen dauerhaft verlässlichen Platz finden könnte, ein Ort an dem man das Büro des Bürgerbusses hätte unterbringen können.

Ein Ort wie dieser ist nicht nur wichtig für die hilfeschuchenden Menschen die zu uns kommen, er ist auch genauso wichtig für die Billerbecker, um Ihren neuen Mitbürgern kennen zu lernen.

Bisher haben wir in Billerbeck 273 Menschen in Billerbeck aufgenommen, davon 88 Kinder. Die Verwaltung rechnet in diesem Jahr mit weiteren 150 Zuweisungen. Wir gehen nicht davon aus, dass alle zu uns geflohenen Menschen, Billerbeck wieder verlassen werden und wir würden uns freuen, wenn hoffentlich einige auch ihre Zukunft hier in Billerbeck sehen. Und deshalb brauchen wir diese Räume.

Eines noch: Wenn wir noch mehr Wohnraum für Flüchtlinge schaffen müssen, werden wir das auch weiterhin in der ganzen Stadt tun, auch auf städtischem Grund, und uns in keiner Weise beschränken. Vorurteile wie die der CDU-Fraktion, dass es Flüchtlingsheime niemals in der Nähe von

Schulen geben darf, sind in unseren Augen beschämend und alles andere als dem sozialen Frieden in Billerbeck dienlich.

Die Schulen in unserer Stadt arbeiten was die Integration von Flüchtlingskindern angeht, vorbildlich. Wenngleich auch an den Schulen die Grenzen der Belastbarkeit erreicht sind.

Wir freuen uns, dass die Verwaltung unserer langjährigen Forderung nach der 2.Stelle Schulsozialarbeit endlich nachgekommen ist. Diese 2. Volle Stelle ist lange überfällig und nicht nur mit der ansteigenden Zahl der Flüchtlingskinder zu begründen.

In diesem Jahr möchten wir ausdrücklich nochmal der auslaufenden Don-Bosco-Hauptschule und der auslaufenden Geschwister-Eichenwald-Realschule für die vielen, vielen Jahre ihrer außerordentlich guten Arbeit in unserer und für unsere Stadt danken. DANKE !!!!

Um den Schulstandort Billerbeck dauerhaft zu erhalten, ist es unerlässlich, das hier bis zur 10.Klasse in Haupt-, Realschul- und Gymnasialniveau unterrichtet wird. Nichts anderes kann unser schulpolitisches Ziel sein. Und in diesem Zusammenhang wollen wir auch nicht versäumen, die hervorragende Arbeit an unserer Grundschule und unserer Schule für alle hervorzuheben.

Leider konnte weder die Verwaltung noch die anderen Fraktionen unserem Vorschlag folgen die Grundsteuer B auf das Niveau der anderen Kommunen im Kreis Coesfeld anzuheben. Nicht einmal der Anhebung auf den fiktiven Hebesatz wollte man zustimmen. Dabei verlieren wir jährlich viel Geld, denn alle unsere Abgaben an Land und Kreis werden aufgrund dieses fiktiven Hebesatzes berechnet. CDU und SPD lehnten jedes weitere Gespräch zu Steueranhebungen in diesem Jahr ab, und verhindern damit auch eine mögliche Anhebung in 2017.

Wir halten es mit der alten CDU-Forderung , nach der jeder Vorschlag einen Finanzierungsmöglichkeit hinterlegt sein sollte. Aus diesem Grunde sehen wir kaum eine andere Möglichkeit die uns gestellten Aufgaben ohne die moderate Anhebung der Grundsteuer B auch in den kommenden Jahren zu bewältigen. Über 1. 200.000 Euro ergebniswirksame Aufwendungen bei den freiwilligen Ausgaben, die wir alle als wichtig ansehen, da muss das Geld irgendwo herkommen. Uns hier vorzuwerfen, wir würden bestimmte Ausgaben einseitig mit Steuererhöhungen finanzieren wollen, und das wäre rechtlich nicht zulässig ist einfach lächerlich. Freiwillige Ausgaben die wir uns für die gesamte Stadt Billerbeck leisten, müssen auch von der gesamten Stadt getragen werden.

Wir haben in diesem Jahr die Deckelung der Zuschüsse für das Freibad gefordert um klar zu machen, dass das Freibad sich immer mehr zu einem Fass ohne Boden entwickelt. In diesem Jahr schießen wir hier über 140.00 Euro zu. Dieser Entwicklung gilt es Einhalt zu gebieten. Gerade weil uns der Erhalt des Freibades am Herzen liegt, gilt es jetzt Veränderungen einzuleiten um nicht in wenigen Jahren vor der Schließung zu stehen. Aus unserer Sicht haben wir nur 3 Möglichkeiten. Entweder wir reduzieren die Kosten, oder wir erhöhen die Einnahmen, oder wir machen beides. Sollen wir da wirklich auf die Gelder aus der Grundsteuer B verzichten? Es ist natürlich einfach auch noch die Attraktivitätssteigerung des Freibades zu fordern, wie es die SPD tut, aber gleichzeitig die Anhebung von Steuern abzulehnen. Zielführend ist es allerdings nicht! Und hilft dem Freibad dauerhaft nicht weiter.

Nicht durchsetzen konnten wir uns mit der Forderung nach 5000 € mehr für die Ferienprogramm und weiteren 5000 € für die Förderung der Artenvielfalt. Immer wieder fordern Eltern zu recht mehr Betreuungsangebote für Ihre Kinder gerade in den langen Sommerferien. Wir sind überzeugt, das Billerbeck ein umfassendes Betreuungsangebot braucht und nicht nur ein Ferienprogramm wie früher. Analog zu den Betreuungszeiten während der Schulzeit. Lassen Sie uns eine Elternbefragung zu diesem Thema starten, damit wir klar sehen was Billerbecker Eltern wirklich wollen. Und das sollten wir dann im kommenden Jahr auch umsetzen.

Eigentlich lässt die Förderung der Artenvielfalt keinerlei Aufschub zu. Hier kann man nicht nur auf Förderungen warten, hier muss man auch selber tätig werden. Und gerade hier lässt sich mit wenig Geld viel bewegen. Gott sei Dank ist das Thema im vergangenen Jahr stark in den öffentlichen Fokus gerückt. Die Zahlen sind ja auch mehr als dramatisch. Nachdem wir nun beschlossen haben eine überparteiliche Infoveranstaltung zu diesem Thema zu organisieren, lassen sie uns da weiter machen und in diesem Jahr gemeinsam einen kommunalen Billerbecker Masterplan Artenvielfalt entwickeln. Ebenso werden wir uns in diesem Jahr auch intensiv mit dem Thema Wasser bzw. Reinhaltung des Wasser und der Nitratbelastung auseinander setzen müssen. Auch das ein Thema, bei dem man vor Ort anfangen kann und in unseren Augen auch nicht warten darf.

Auch wenn wir nicht alle unsere Forderungen in der Haushaltsplanung für 2016 durchbringen konnten, einiges ist uns gelungen, und wir Grünen werden dem Haushalt 2016 zustimmen.